

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Bergmannslos — Arbeiterlos. — Sind jüdische Parlarbeiter Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und als solche versicherungspflichtig bei den Krankenkassen? — Gegen die Statutenvorlage. — Zur Statutenvorlage. — Sozialpolitik der Stadtgemeinde Brandenburg. — Zu Darwin's Jahrbundertfeier. — Jahresbericht der Filiale Bremen. — Bühnenverein und Bühnengenossenschaft. — Wasserbau Arbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Amdichtung. Briefkasten. — Anzeigen.

## Bergmannslos -- Arbeiterlos.

Aus dunklen Tiefen  
tagelang  
sonnenhungrig  
ringt ein Miese.  
Seine Augen trüben  
vom Schweiß.  
Rüßsalz  
durchs Trümmertor,  
quaderwändig,  
schaltlos  
blüht er sich Bahn.

Übern die Stern,  
Rusteln von Stahl,  
in feinen Adern kreisen  
der Menschheit Sehnsucht und Dual.

Aus feinen Augen gucken  
unlösliche Strahlen des Lichts,  
und ob sie mit goldenen Händen  
ihn niederdrücken und schänden,  
der Miese läßt sich nicht ducken  
und wächst mit gewaltigen Mäden  
aus dem verachteten Nichts.

Karl Gendert.

Das Schicksal der Arbeiterklasse im kapitalistischen Wirtschaftssystem zeigt sich wohl nirgend so offensichtlich, so aller Bekleidung bar, als in der Montanindustrie.

Hier hat der Kapitalismus seinen Tisch gemacht mit der Legende vom Emporkommen des Arbeiters durch Fleiß, Frömmigkeit und Sparsamkeit! Zehntausende, Hunderttausende fronen jahraus, jahrein im dunklen Schacht der Erde ohne jede Aussicht, jemals ein bürgerliches Lebensglück zu gewinnen. Millionen und Milliarden steden die Grubenherren unverdient in die Tasche, und als „Danke“ dafür haben sie ein System der Ausbeutung und der Verflämung der Arbeiter durchzuführen versucht, wie es ärger kaum in der ganzen Weltgeschichte zu finden ist.

Man kann im Bergbau die Eigenheiten der jetzigen, vielgepriesenen Wirtschaftsordnung am reinsten studieren. Zunächst die Betriebs- und Kapitalkonzentration. Während 1886 im Steinkohlenbergbau Deutschlands 357 versicherungspflichtige Betriebe mit 221.361 Arbeitern vorhanden waren, sind es 1907: 329 Betriebe mit 538.312 Arbeitern. 1886 entfielen auf jeden Betrieb 620, 1907 aber 1636 Arbeiter!\*)

Die Ausbeute an „schwarzen Diamanten“ betrug allein im rheinisch-westfälischen Bergbaudistrikt im Jahre 1907: 80.182.617 Tonnen, gegen 1.665.662 Tonnen im Jahre 1850 und 22½ Millionen Tonnen 1880. Sie hat sich also in den letzten 27 Jahren fast vervierfacht.

Aber diese Ziffern allein charakterisieren bei weitem nicht die gewaltigen Umwälzungen, die sich in den letzten

Jahrzehnten im Bergbau vollzogen. Da ist die Steigerung der sogenannten Nebenprodukte durch Kokereien zu nennen, die in ähnlicher Weise wie unsere Gasanstalten verfahren und in vielen Zechen ein Viertel bis zur Hälfte der gefördertsten Kohlen verkokten. Besonders aber ist die Ausdehnung der Hüttenwerke zur Eisengewinnung in fabelhafter Weise gestiegen, und die engere Fusion mit den Bergwerken ist immer stärker geworden. Die Roheisenproduktion betrug 1871: 1.563.682 Tonnen, 1890: 1.658.450 und 1906: 12.292.800 Tonnen. Die Zahl der Arbeiter ist hier nicht so gewaltig gestiegen (von 23.191 in 1871 auf 41.754 in 1906), weil die technischen und maschinellen Fortschritte ein ungläublich schnelles Tempo angenommen haben.

Die Konzentration beschränkt sich nicht auf die Werke und deren Ausbeutung, sondern vermittelt des weltbekanntesten Kohlenkonzerns und des Stahlwerkverbandes wird auch die Konjunktion im großen geregelt, werden die Preise vorgeschrieben und so das gesamte Publikum den Kohlen- und Eisenerzeugnissen tributpflichtig gemacht.

Aber auch die Tendenz zur schrankenlosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die dem Kapital innewohnt, zeigt sich im Bergbau in grauigster Weise. Wo die Profite fortgesetzt steigen und in die Milliarden gehen, fallen für die Arbeiter wenige Pfennige ab. Und diese sind auch nur dank der fortgesetzten Tätigkeit der Gewerkschaften widerwillig gewährt worden.

Auf der anderen Seite versuchen die Grubenverwaltungen durch Maßregeln, schwarze Listen, rigorose Strafsysteme und Schikanierungen aller Art jede Regung der Arbeiter gewalttätig niederzudrücken. Um willigeres „Arbeitsmaterial“ zu haben, werden die Agenten die Arbeiter aus rüchthändigen Staaten und im Auslande an: „Wohlfahrtseinrichtungen“, Zehnwobnubäuser für Arbeiter usw. werden eingerichtet, um mit diesen Ködern die Arbeiter zu fesseln und sie in die dauernde Arbeitsfrou zu zwingen.

Die Unfall-, Kranken- und Invalidenziffern im Bergbau sind fortgesetzt im Steigen begriffen, und von Zeit zu Zeit wird die gesamte Kulturwelt erschütterter durch Massenunglücksfälle, wie jüngst auf der Zechen Radbod mit 350 Toten.

Dabei sind sowohl die Einzelunglücksfälle als auch die sogenannten Massentropfen kein unabänderliches Phänomen. In England ist die Zahl der tödlichen Unfälle von 1,35 auf 1,32 pro 1000 Bergarbeiter gefallen, während sie in Deutschland von 2,05 auf 2,61 stieg!

Bei dem heutigen Stande der Wissenschaft könnte durch verbesserte technische Einrichtungen, hinreichenden

\*) Bergr. O. Duc: Entwicklungsgeographisches über die Montanindustrie. „Neue Zeit“, Nr. 10, 27. Jahrg., Band 1.

geüblichen Arbeiterschutzes und Einschränkung der ungenüßten und ausländischen Arbeitskräfte eine ganz andere Sicherung des Menschenlebens gewährleistet werden.

Die Parlamente haben an Versprechungen und Bertröstungen viel geleistet, ohne aber den schweren Anklagereden der sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber jemals an ernüchternde Taten zu denken.

Und die Regierung? Ach, die Grubenqualitäten stehen in so engen freundschaftlichen Beziehungen zu ihr, daß hier mehr denn wo anders der Ausspruch zutrifft: „Eine Strafe haßt der andere die Augen nicht aus“. Und die preussische Regierung ist ja selber Bergwerksbesitzer und arbeitet in ihren Betrieben genau nach kapitalistischen Mäßen, wie u. a. besonders auch der Hülser-Prozess gelehrt hat.

Nur keine erhöhten Aufwendungen für Arbeiterschutzes! Das schmälert den Profit und schwächt die „Regebligkeit“ der Massen! So lautet die Devise der privaten wie öffentlichen Grubenaussender.

Doch von Zeit zu Zeit regt es sich unter den Bergarbeitern selber. Wie in den Jahren 1889 und 1906 ist gelegentlich sowohl Groß und Unmut angekommen unter den Bergknaben, daß ein erneuter Ausbruch ihres gerechten Zornes zu erwarten steht, wenn ihren dringenden Forderungen wiederum kein Gehör geschenkt werden sollte.

Ein Warnungssignal war der allgemeine deutsche Bergarbeiterkongress vom 2. bis 1. Februar in Berlin. Von den 40 Rednern der verschiedenen Organisationen kam es einheitlich aus allen Ständepunkten: Gemäß dem grundsätzlichen Ziel mit Menschenleben im Paragrafen! Der mit Arbeiterkontrollen und gezieltem Arbeiterkampf durch ein fortschrittliches Reichsberggesetz, Verbot der schwarzen Listenbücher und der dauernden Exzellenz!

Nur die abschließlichen Gewerkschaften hatten sich dem schon frühzeitig angeschlossen. Die anderen dieser Organisationen ließen ihren persönlichen Standpunkt nicht nur der Sache willen zurücksetzen. So das uns so ändernde der anderen Verbände war, zu bemerken. Solche Taten schämen sich ins eigene Gesicht!

Dabei hat sich die preussische Regierung in Verbindung gesetzt. So verleiht die „Rationalität“:

„Was uns gewöhnlich wird, bei der Realisation werden besondere Maßnahmen wegen der schlagenden Wunden in den Bergwerken getroffen. Auf den ständigen Gefahren werden nunmehr angemessene Schritte mit einer Entscheidung, der sogenannten „Tüte“, gemacht, die das Annehmen des Rechts nicht abtut, der die schlagenden Wunden vermindert, bekämpft. Die Schritte mit diesen Tüten, die in das Berggesetz einbezogen werden, haben bis jetzt die besten Erfolge gezeigt.“

Aber auch bezüglich der Zehn-Madros begannen die Gewerkschaften in die Öffentlichkeit zu strahlen, weil am dem Bergarbeiterkongress gravierende Aussagen gemacht worden sind. Die Regierung, die es nicht für angebracht hielt, sich am dem Bergarbeiterkongress vertreten zu lassen, wird über kurz oder lang den bedeutenden Verhandlungen und Reichlichen Rednungen trauen müssen, und auch die erst zu nehmenden Parlamentarier können sich auf die Dauer dem Weichen der Bergarbeiter nicht in den Weg stellen.

Wir sagen es noch einmal: Das Los des Bergarbeiters ist schlechthin das Arbeiterlos im kapitalistischen Staat.

Darum fühlen wir uns eins mit den Arbeitern aus der Tiefe. Ihre Forderungen nach Recht und Schutz, nach mehr freier Zeit und größerem Anteil am Arbeitsertrag sind unsere Forderungen!

Das Verarmungslos ist aber ebenso wie unabänderlich wie das Arbeiterlos. Stehen wir vereint zu unseren Arbeitsbrüdern. Der Kampf ist schwer, aber kein Ausgange kann nicht zweifelhaft sein für den, der Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung hat.

## Sind städtische Parkarbeiter land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und als solche versicherungspflichtig bei den Krankenkassen?

Wieviel ist schon darüber geschrieben und geredet worden, daß die Organisation eine dringende Notwendigkeit für die Arbeiter ist. Wie viele Arbeiter haben dies schon gelesen und auch darüber reden hören, und doch bleiben sie der Organisation fern. Sie glauben jenen Reichsvereinsmitgliedern, die ihnen immer und ewig vorreden, daß sie nur ihr Geld in der Organisation los werden und eben Schaden wie Nutzen davon haben. Aber wie oft und öfter haben es manchmal diejenigen Arbeiter schon bereuen müssen, daß sie bisher nicht besser dem Ruf ihrer organisierten Kollegen Folge geleistet haben. Erst nachdem ihnen irgendein Anrecht zugesagt wird, lernen sie einsehen, wie falsch sie bisher handelten, indem sie sich der Organisation fernhielten. Ein solcher Fall liegt auch wieder einmal in Minden vor, der allen Unorganisierten als Lehre und Warnung dienen möge.

Ein Arbeiter der Parkverwaltung mußte schon zum zweitenmal auf Kosten der Invalidenversicherung eine Zungenkammer aufsuchen. Eine Zeitlang erhielt dieser Mann Invalidenrente. Am Morgen wurde ihm aber die Rente entzogen, da der Bergmannsarzt feststellte, daß sich der Zustand des Kranken soweit gebessert hätte, daß eine Rente nicht mehr gewährt werden kann. Während der ganzen Dauer seiner Krankheit gehörte der Mann aber keiner Krankenkasse mehr an, da er von der Masse ausgeschlossen war und als kranker nicht mehr aufgenommen wurde. Nachdem ihm nun aber die Invalidenrente mit der Rentierung entzogen wurde, daß er fast wieder gesund sei, so meldete er sich auch wieder bei der zuständigen Ortskrankenkasse an. Dier wurde ihm aber die Aufnahme verweigert. Darauf wandte sich der Arbeiter mit einer Beschwerde an den Magistrat, er teilte in einem Schreiben den Aufsichtsbehörden mit, daß die Krankenkasse seine Aufnahme verweigerte und er dadurch im Falle einer Krankheit gezwungen sei, sofort Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Auf diese Beschwerde ging dem Arbeiter eine Mitteilung des juristischen Vorkommens zu, daß die Krankenkasse nicht verpflichtet wäre, ihn aufzunehmen, da die Parkarbeiter zu den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern gehören, die der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen, da ein besonderes Gesetz hierzu für Minden nicht besteht. Die Verweisung der Aufnahme ist also zu Recht erfolgt. Von diesem Schreiben erhielt nun auch die Krankenkassenverwaltung Kenntnis, auf Grund dessen wurden nun sämtliche Parkarbeiter aus der Krankenkasse gestrichelt! Die Verwaltung der Masse hat vor Monaten den Magistrat schon einmal ersucht, einen Zuschuß aus städtischen Mitteln zu bewilligen, da sie im letzten Jahre 800 Mk. bei den Parkarbeitern zugewandt hat. Natürlich ist dieses Ersuchen vom Magistrat abgelehnt. Jetzt kam aber der Massenverwaltung das Schreiben des Magistrats wie gewöhnlich, dort wurden ja die Parkarbeiter als land- und forstwirtschaftliche Arbeiter bezeichnet, die aufgenommen die Krankenkasse durchaus nicht verpflichtet war, warum sollte sich da die Masse noch länger mit Argumenten beschäftigen, die der Sache mehr Ausgaben als Ertrahmen verursachen und die aufzunehmen die Masse durchaus nicht gezwungen werden kann. Darum wurde schon der Posttag gelangt, die Parkarbeiter aus der Masse zu streichen. Hat sich der Magistrat die Sache wohl schon einmal überlegt, was aus den Parkarbeitern jetzt werden soll? Wir empfehlen es.

Sind nun aber die städtischen Parkarbeiter auch land- und forstwirtschaftliche Arbeiter? Der juristische Berater meint bei sich die Sache allerdings sehr leicht gemacht, er hat das einfach festgestellt, ohne aber den geringsten Beweis zu liefern, daß diese Auffassung auch die richtige ist. In den Parkarbeiten in Minden gehören auch die Friedhofsgärtner, die doch wohl eher speziell zu den gewerblichen Arbeiter gehören, da alle vornehmenden Arbeiten von diesen Arbeitern verrichtet werden müssen. Auch sehr häufig werden diese Leute insonderheit und oft ausschließlich auf dem Wasserwege beschäftigt. Könnten diese Leute nun tatsächlich als land- und forstwirtschaftliche Arbeiter angesehen werden? Das ist eigentlich nicht anzunehmen. Aber der rechtskundige Bürgermeister hat es doch in seinem Schreiben klar und klar zum Ausdruck gebracht, denn der Arbeiter, an dem der Lohn im Moment gekommen ist, ist auf dem Friedhofe beschäftigt. Bei den übrigen in dem Glacis beschäftigten Arbeitern könnte man die Sache schon eher verstehen, aber gerade die Friedhofsgärtner sind doch wohl eher alles andere, nur keine land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die man ohne weiteres aus der Krankenkasse streichen kann. Der jetzige Zustand ist aber auch auf die Dauer ein unhalt-

barer. Es kann unmöglich so weiter gehen, daß eine Stadtverwaltung Arbeiter beschäftigt, die keiner Krankenkasse angehören. Oder übernimmt die Stadtverwaltung die Verpflichtung, jeden erkrankten Arbeiter für die Dauer der Erwerbslosigkeit finanziell zu unterstützen und die Kosten für Arzt, Medikamente sowie für Behandlung in Kranken- und sonstigen Heilanstalten zu tragen, das ist doch wohl noch sehr zweifelhaft. Warum kümmert sich die Stadtverwaltung nicht um diese Arbeiter und schafft einen anderen Ausweg? Schon monatelang gehören diese Arbeiter keiner Krankenkasse an, und doch hat man bisher noch nicht die nötige Energie gezeigt, diesen unglücklichen Zustand zu beseitigen. Diese Gleichgültigkeit charakterisiert so recht die sozialpolitische Minderwertigkeit der Mindener Stadtverwaltung. Ist es etwa ein Arhum für die Stadtverwaltung, wenn die Arbeiter gezwungen sind, diese Tatsachen der Öffentlichkeit zu unterbreiten und erst vor Gericht ihr Recht suchen müssen. Den Arbeitern bleibt kein anderer Weg übrig, die Sache mag ausgehen wie sie will, die Stadtverwaltung hat sich in diesem Falle selbst gerichtet.

Aber noch nach einer anderen Seite hin ist dieser Vorfall interessant und sehr lehrreich, nämlich, daß von Arbeitervertretern in der Krankenkasse der Beschluß gefaßt wurde, die Paritarbeiter aus der Kasse zu streichen. Sätten die Paritarbeiter bei der Wahl der Vertreter zur Generalversammlung besser ihre Interessen wahrgenommen und nur solchen Kollegen ihre Stimme gegeben, die nicht zu allem Ja und Amen sagen, was seitens des Vorstandes ihnen vorgelegt wird, dann hätten sie jetzt dieses unliebsame Verhältnis nicht, daß sie keiner Krankenkasse angehören. Die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit bei den Vertreterwahlen rächt sich nachher an den Arbeitern selbst. Der Mindener Vorfall ist auch für andere Orte typisch. Es gibt noch eine ganze Anzahl Städte, wo von Seiten der Arbeiter den Vertreterwahlen nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. Bei jeder Vertretterwahl wird seitens der dabei beteiligten Organisationen genügend geschrieben und gesagt: „Arbeiter, tut die Augen auf, wählt nur solche Kollegen als eure Vertreter, von denen ihr die sichere Gewähr habt, daß sie zu jeder Zeit voll und ganz eure Rechte und Interessen vertreten und wahren.“ Aber wie wird da oft gehandelt. Man setzt sich gleichgültig darüber hinweg und scheidet diesen Sachen nicht die nötige Beachtung und wählt einfach nicht, oder, was noch viel schlimmer ist, man wählt solche Vertreter, die von den Vorgesetzten den Arbeitern präsentiert werden. Ein jeder Arbeiter muß sich aber dabei doch sagen, daß ein solcher Vertreter niemals die Interessen seiner Kollegen vertritt, sondern allem zugimmt, was seitens des Vorstandes ihnen vorgelegt wird. Erst nachdem der eine oder andere geschädigt ist, sagt man an zu streichen und gibt allem Mitgliedern schuld, nur die eigene Schuld sieht man nicht ein. Die Arbeiter handeln dabei sehr viel in Unwissenheit und verkennen die Bedeutung, die die Krankenkassenverhältnisse bei den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde und somit zu den ganzen Einrichtungen der sozialpolitischen Gesehe haben. Hier wird noch sehr viel gesündigt, und daher tut Aufklärung dringend not. Deshalb möge dieser Vorfall den übrigen Arbeitern auch an anderen Orten zur Lehre dienen, damit sie bei den nächsten Vertreterwahlen zur Generalversammlung nur solche Kollegen wählen, die auch den Mut haben, gegen die Vorlagen des Vorstandes zu stimmen, denn wenn erst der Schaden anrichtet ist, dann ist es bekanntlich zu spät.

Für unsere Mindener Kollegen bleibt aber nur eins zu tun übrig: sich zu organisieren! Denn nur die Organisation ist es, die nach jeder Seite hin ihre Interessen wahren und vertritt. Einweg mit allen Staatshilfen und Zantereien untereinander, dadurch wird nichts gebracht und auch keine anderen Zustände geschaffen. Am durch einseitiges, gezieltes Vorgehen kann etwas erzielt werden, die Einheit ist aber nur möglich in der Organisation.

### Gegen die Statutenvorlage.

Eigentlich sollte ich diesen Artikel anders betiteln. Meine Kritik soll sich nämlich nur gegen einen Teil der Statutenvorlage und die dazu in der „Gewerkschaft“ gegebene Begründung richten. Allein ich bin kein Freund von langen Titeln.

Eine weitere Vorbemerkung: Wer sich gegen die Statutenvorlage wendet, hat allem Anscheine nach vorzubereiten und eingültig mit einer starken Gegnerschaft zu rechnen. Die „Gewerkschaft“ ergibt nämlich in ihrer Nr. 2 von 1909, daß im Dezember 1908 in Weilm unter dem Vorsitz des Verbandsvorstandes eine Konferenz unserer Verbandsbeamten stattgefunden. Man darf nun wohl annehmen, daß auf dieser Konferenz in der Hauptsache auch die Statutenvorlage Gegenstand der Beratung war. Und weiter darf angenommen werden, daß die Statutenvorlage die Zustimmung

der übergroßen Mehrheit der Verbandsbeamten gefunden, widrigenfalls würde wahrscheinlich der Verbandsvorstand die Vorlage in dieser Gestalt nicht zur Diskussion stellen. Da nun im Verbands — wenn ich nicht sehr irre — 40 beamtete Angestellte, und diese als stimmberechtigte Delegierte dem Verbandstage angehören können, der nächste Verbandstag aber wohl nur 52 Delegierte zählen wird, so besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die auf diesem Verbandstage als Delegierte anwesenden Verbandsangestellten die Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten sind. Sind diese Voraussetzungen zutreffend, ist also die Annahme der Statutenvorlage gesichert. Festenungeachtet will ich meine abweichende Meinung äußern.

An der Statutenvorlage selbst habe ich zunächst anzusehen: ihr Aussehen ist miserabel! Auf schraffiertem Papier kleine Schrift und schlechter, „ewig gleichmäßiger“ Druck macht einem das Lesen schwer; und da die Vorlage von solothemem Umfang, gehört viel Willenskraft dazu, es über sich zu gewinnen, zu Ende zu lesen. Hat man es aber geschafft, muß man sich fragen, was denn nun eigentlich alles geändert werden soll. Kommen denn die Neuerungen im Druck nicht hervorgehoben werden? Am zweckmäßigsten wäre gewesen: auf jedem Blatt in der Spalte links das gegenwärtig geltende Statut, in der Spalte rechts die entsprechenden Bestimmungen der Vorlage und die betreffenden Änderungsanträge durch Fettdruck abzuheben. Dann war das Studium leicht und die Bedeutung und Tragweite des Neuen wurde von jedermann erkannt. So aber ist alles furchtbar schwierig. Ich habe darüber herbe Urteile gehört. Und die Mitglieder haben recht!

Aus der Statutenvorlage und der Begründung derselben werden die geforderten höheren Beiträge und ihre Verwendung im Brennpunkte des Interesses der Mitglieder stehen; fast alle anderen Änderungsanträge finden bei dem Gros der Mitglieder nur sekundäre Beachtung. Demgemäß wollen wir auch die Vorlagen behandeln.

Es wird vorgeschlagen, für männliche Mitglieder eine weitere, jetzt erste Beitragsklasse zu schaffen; der Beitrag soll 45 Pf. (bisher 35 Pf.) pro Woche betragen. Als Gegenleistung sollen die Mitglieder dieser ersten Beitragsklasse an Erwerbslosenunterstützung wöchentlich 6 Mk. (anstatt 4 Mk.) erhalten; für alle Erwerbslose soll die Maximalzeit in Fortfall kommen, und zwar soll dann die Unterstützung von Beginn der Erwerbslosigkeit gezahlt werden, wenn diese länger als eine Woche dauert; ferner sollen Gemahregelte oder Streitende nach je einem Monat einen Mietzuschuß von 5 Mk. bekommen, Gemahregelte auch bei etwaigem Wohnungswechsel nach einem anderen Ort eine Umzugsunterstützung bis zu 30 Mk.; der Rechtschutz soll erweitert werden; und Arbeitslose mücht zu verwechseln mit Erwerbslosen, sollen auch während des Bezuges verbandszeitiger Unterstützung vom Beitrag befreit sein.

Vorher ich auf diese Leistungen selbst näher eingehe, muß ich auf einen anderen Teil der Gründe des Verbandsvorstandes zu sprechen kommen. Der Verbandsvorstand schreibt („Die Gewerkschaft“, Nr. 4, Spalte 88): „Am Laufe der weiteren drei Jahre (nach Einföhrung der Winterbehebungsunterstützung im Jahre 1903) hatte sich dann die Erkenntnis durchgerungen, daß die Erwerbslosenunterstützung auch bei uns Geltung erlangen konnte. Die Vorlage des Verbandsvorstandes wurde fast von allen Mitgliedern mit Freuden begrüßt.“ Dies alles bestrichte ich. Wo hatte sich die „Erkenntnis“ durchgerungen? Am Verbandsallgemein? Ganz gewiß nicht! Und dann soll die damalige Vorlage „fast von allen Mitgliedern mit Freuden begrüßt“ worden sein? Dies ist noch viel weniger richtig als die erstere Behauptung. Die Sache lag so und so, hat sie heute noch! — Die Mehrheit unserer Mitglieder freut sich nicht über die Erwerbslosenunterstützung; sie betrachtet diese als eine ihr im Interesse einer kleinen Minderheit auferlegene Last. Diese Meinung kam in den derzeitigen Hamburger Versammlungen scharf und überlaut zum Ausdruck. Etwas 2% der Mitglieder wollte von der Erwerbslosenunterstützung absolut nichts wissen! Es fehlte nicht viel und die Delegierten zum Verbandstage in Mainz hätten das getundene Mandat mitbestimmen, auf jeden Fall und unter allen Umständen gegen die Erwerbslosenunterstützung zu stimmen! Abwärtig war die herrschende Meinung anderer großer Zirkeln. Andererseits ist nun aber Tatsache, daß die zum Mainzer Verbandstage eroberte Jordanung höherer Beiträge im Verbandsallgemein als Notwendigkeit anerkannt und von den allzu gewerkschaftlich interressierten Mitgliedern „mit Freuden begrüßt“ wurde. Auf dem Mainzer Verbandstage konnte der Hauptkämpfer mitteilen: „Wenn ich die meisten dieses Verbandstages befragen, ist in der Verbandsklasse kein solcher „Fremd“ mehr!“ Diese Worte konnten auch die Mitglieder schon vorher und waren deshalb zu größeren Opfern bereit, aber nur für eigentliche gewerkschaftliche Zwecke. Mittel für Volontararbeiten, Nominierungen werden wir unterstützen! war das Schlagwort. In der diesjährigen Vorlage kommen aber, auch vom Standpunkte des Verbandsvorstandes aus, in der Hauptache Unterstützungszwecke in Betracht. Es erscheint auch aus mehreren verbandsernennenden Gründen unrichtig, zum mindesten unpopulär, gegenwärtig für rein gewerkschaftliche Zwecke höhere Mittel zu fordern. Wir müssen deshalb die Nachforderungen unter dem



unterstützung plädierte. Der Beschluß des Verbandstages in dieser Frage, der doch die Meinung der Mitglieder wiedergibt, mußte ihm eines besseren belehrt haben. Die Mehrzahl der Verbandsmitglieder — wie auch der Verbandsvorstand — betrachten aber die Unterstützungsanstaltungen noch lange nicht als Selbstzweck der Organisation. Sie sind davon überzeugt, daß für „eigentliche gewerkschaftliche Arbeit“ Opfer gebracht werden müssen und das bei der Verbandsvorstand bei seinen Vorlesungen berücksichtigt. Es ist jedoch auch damit zu rechnen, daß heute viele Kollegen auf die Unterstützungen angewiesen sind. Diese müssen sogar noch erhöht werden, wenn wir mit den anderen Verbänden gleichen Schritt halten wollen. Unter den derzeitigen Verhältnissen ist für uns der Ausbau des Unterstützungswesens eine Notwendigkeit.

Auch die Erhöhung der Beamtenegehälter hat's ihm angetan. Zum Schluß erklärt er sich jedoch mit der Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne einverstanden. Bei seinen diesbezüglichen Berechnungen paßiert ihm das Maßlose, den gemeinsamen Beschluß des Verbandsvorstandes und Vorstandes nicht loyell widerzugeben, denn die Lohnsteigerung ist nur den Berliner Hilfsarbeitern bis zu 1920 Mk. zugesprochen worden und nicht bis 2000 Mk. Sehr schwer fällt es aber, zu den jetzigen Gehaltsstufen die gewünschten Verlangensbeamteten zu finden.

Was die Forderung des Kollegen Schönberg in bezug auf „das äußere Gewand“ der „Gewerkschaft“ betrifft, so haben gerade Dombauer Kollegen eine Anregung der Redaktion widerprochen, das jetzige Format zu ändern. Unter Berücksichtigung des jetzt schon üblichen Formats, Notationsdruck usw., kann sich unsere „Gewerkschaft“ durchaus innerhalb der sonstigen Gewerkschaftsblätter sehen lassen. Das Großquartierformat (wie es unsere „Gewerkschaft“ hat) wird übrigens immer mehr eingeführt in neuerer Zeit und in diesem Rahmen läßt sich die Heberichtigkeit und Gliederung wohl wenig zu wünschen übrig.

Das Urteil Schönbergs über die „innere Güte“ charakterisiert sich am besten durch die Tatsache, daß die von ihm gewünschten 411 gemeinsamen Artikel bereits in jeder Nummer zu finden sind. So enthält z. B. der Jahrgang 1905 nicht weniger als 38 Leitartikel allgemeiner Natur, während nur 14 unsere ebenfalls wichtigen speziellen Organisationsangelegenheiten behandeln. Aber freilich, wenn man die „Gewerkschaft“ „gar nicht mehr sehen mag“, ist es im Urteil wenig verwunderlich. Sollen mehr Artikel allgemeinen Inhalts geschrieben werden, so muß andere zurückgehen, oder eine Vergrößerung erfolgen.

Die Vergleiche mit „Kommunist. Praxis“ und „Handlungsgehilfen Zeitung“ sind insofern völlig deplaciert, als bei diesen Blättern mit Auslegen von 4-7000 Klachdruck angewendet wird, der immer besser wirkt, wie z. B. auch die „Sanitätswart“, beweist. Ferner kommt bei unserer 31000 Auflage die Qualität des Papiers sehr in Frage wegen der enormen Verteuerung.

Was endlich die „nicht trüglichen“ Mängel der Redaktion über Platanen anbelangt, so mag Kollege Schönberg dabei an den Mainzer Verbandstag gedacht haben,

wo schon die Notwendigkeit einer regelmäßig 16 Seiten umfassenden Nummer begründet und nicht direkt verworfen wurde. Es ist auch kein kleines Mängelchen gewesen, im jetzigen Umfang den wesentlichen vermehrten Inhalt unterzubringen.

Die Anwendung einer durchweg größeren Schrift bedeutet zirkulär zwei Druckseiten mehr. Es die jetzt welche ein seit 1907 durchschlossene und damit leichter lesbare Zeitschrift den Ansprüchen der Kollegen nicht genügt, ist billig zu beanstanden, zumal fast alle Gewerkschaftsblätter diese Schrift (auch dazu ohne Zuschuß) verwenden.

Die Errichtung weiterer Gauhauptbüros hängt nach Meinung Schönbergs nicht. Für die nächste Geschäftsperiode kommt sie trotzdem in Betracht. Drei Jahre sind immerhin eine Zeit, während der so manches zu geschehen hat. Und zwei bis drei Hauptbüros mehr machen schon eine ansehnliche Ausgabe.

All die kleineren Ausgestaltungen speziell in Gewerkschaftsangelegenheiten müssen eben gleichfalls sein. Viel solcher Kleinigkeiten machen aber schon eine gute Summe aus. Das überläßt Schönberg. Für ihn macht das alles mitunter den Unterschied, ausjährlich der Erwerbslosenunterstützung, rund 10000 Mk. aus. Der Verbandsvorstand hat mit rund 21000 Mk. gerechnet. Außerdem die Bezahlung der h. Wache der Erwerbslosenunterstützung, die mit dem 1. Oktober 1905 in Kraft tritt, rund 6000 Mk. Es bleiben also noch 67000 Mk. zum Ausbau der Erwerbslosenunterstützung. Und bei diesem verfügbaren Gelde können nur 6 Mk. pro Woche bezahlt werden, wenn bei längerer Erwerbslosigkeit die erste Woche mitgezählt werden soll. Sollten wir in unseren Berechnungen vorweggenommen gewesen sein, wie manche Kollegen es für angebracht halten, nun, um so besser für die Organisation und die Kampfkraft.

Im großen und ganzen halten wir unsere Vorschläge für praktisch durchführbar und nützlich für den Verband. In letzter Linie kommt ja auch Kollege Schönberg zu dem Schluß: Ausbau der Organisation, insbesondere Erhöhung und Ausdehnung der Unterstützungen und in Konsequenz dessen Erhöhung der Beiträge. Nur in der Ausführung verschiedener Aufgaben des Verbandes hat er eine von uns abweichende Meinung. Dazu hat das letzte Wort der Verbandstag.

### Sozialpolitik der Stadtgemeinde Brandenburg.

Während in letzter Zeit in der Arbeiterbewegung überhaupt längere Debatten über die Arbeiterpolitik stattgefunden haben, ist es für die Öffentlichkeit wohl auch von großem Interesse, zu erfahren, in welcher Weise in den städtischen Betrieben Brandenburgs Sozialpolitik getrieben wird. Von hoher Stelle des Landes wurde schon vor Jahren der Ausdruck getan, daß Städte und Gemeinden lokale Arbeiterbetriebe sein sollten. Man hätte nun annehmen müssen, daß die Stadtverwaltungen, die sonst doch kreimentlich die Wünsche von „Oben“ in Erfüllung geben lassen, auch dieses Wort

### Zu Darwins Jahrhundertfeier.

(Geboren am 12. Februar 1809, gestorben am 19. April 1882)

Vor kurzem ist ein Werk vollständig geworden, das man getrost als eine Ehrenode zu Darwins 100. Geburtstag bezeichnen könnte. Schon der Titel: „Vom Nebelstich zum Menschen“\* mittel darwinistisch an. In der Tat handelt es sich um eine bemerkenswerthständige Entdeckungsgeschichte des Naturganges nach den neuesten Fortschritten.

Wie sind doch die naturwissenschaftlichen Forschungen im Laufe der letzten fünfzig Jahre so reich befruchtet worden durch die Wissenschaft, auf der euklidischen Basis der Entwicklungslehre zu arbeiten. Und nicht mehr wie früher in engen Kreisen der „Zophologen“ werden heute die naturwissenschaftlichen Probleme erörtert, nicht in verstaubten Banden sind die neuen Entdeckungen niedergelegt, sondern ein immer größerer Kreis nimmt Anteil an diesen Dingen, und schon neue Theorien, neue Erklärungen oder neue Experimente auf naturwissenschaftlichem Gebiete aufzutauchen, finden diese Erörterungen in weiten Kreisen lebhaften Widerhall.

Freilich, der durch die Volksschule mit der biblischen Schöpfungsgeschichte beehrte Arbeiter hat es nicht leicht, sich auch nur oberflächlich ein Bild zu machen von dem, was in der Natur an Triebkräften und Gesetzen steckt, was Geschichte und Fortschritt uns lehren. Da geht es ohne viel eifriges Bücherlesen nicht ab und mitunter will der Aufwärtsstrebende fast verzweifeln, wenn er sieht, wie ihn die Fülle des Wissensarten schier erdrückt, wenn er lernen muß, verschiedene zu lernen und nur einen Einblick ins Weltganze zu gewinnen.

Sobald im Fodel (z. B. „Rafes oder Darwin“), Wölfel (z. B. „Vielbesen in der Natur“ und seine anderen Schriften)

\* „Vom Nebelstich zum Menschen. Von Dr. Ludwig Meinhard. 4 Bände mit über 1600 Illustrationen im Text, ca. 100 Tafeln und Karten. Verlag von Ernst Reinhardt, München

sowie eine Reihe weiterer populärer Autoren spielerisch und unterhaltsam eingeführt in einige naturwissenschaftliche Kapitel, so macht er etwa bei Säckels „Metallischer Schöpfungsgehirne“, schließlich auch schon bei den vielgelesenen „Welttränen“ des gleichen Autors, wie schwierig die Materie zu meistern ist, wohl er gar aus Studium von Darwins eigenen grundlegenden Werken liebt die Entstehung der Arten, sowie die Abstammung des Menschen, so muß er schon sehr viel Geduld, Fleiß und Ausdauer besitzen, um hiervon wirklich sich viel zu eigen machen zu können.

Tabei bescheidet naturwissenschaftliches Denken und Studieren urgenten — auch in anderen Sachen. Man wird gründlicher und wichtiger bei allen auftauchenden Fragen und von diesem Gesichtspunkte aus ist die Betätigung naturwissenschaftlichen Denkens für die Arbeiterklasse äußerst wertvoll. Das hat auch die Arbeiterpreise seit ihrem Bestehen erkannt und sie pflegt, soweit irgend anmöglich, die Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und Fortschritte durch regelmäßige Veröffentlichungen, besondere Abhandlungen und Wiedergabe der wichtigsten Neuigkeiten, zu tun. Dennoch muß hier noch sehr viel geschehen und von diesem Standpunkt aus ist jedes populäre, d. h. leicht verständlich gezeichnete und doch wissenschaftlich haltende Werk zu begrüßen, das eine Vertiefung für den Einzelnen ermöglicht.

Von den uns vorliegenden vier Bänden des oben genannten Werkes behandelt Band I die Geschichte der Erde, worin u. a. die Entstehung des Weltbildes, die Entwicklung unserer Sonnensystem, insbesondere aber die Erde in ihren verschiedenen Phasen und Gesteinsabänderungen lebendverträglich und mit zahlreichen Abbildungen versehen, anschaulich werden. Band II behandelt über das Leben der Erde von seiner Entstehung bis zu den verschiedenartigsten Begebenheiten. Band III behandelt die Geschichte des Lebens auf der Erde. Hier in zwar manches Zusätzliche im von ungeschulten Leser in dem Ausmaß und Inhalt der verschiedenen Erdperioden, doch helfen verständliche, anschauliche Zusammenfassungen und eine Fülle ansehnlicher

Beherrigen würden, und die städtischen Betriebe diesem Ausspruch entsprechend umachteten. Aber weit gefehlt. Alles andere als Mätkerantalten sind die Betriebe der Stadt. Sie stehen doch eigentlich konturrenzlos da, sind auch nicht allein darauf angewiesen, jährlich kolossale Heberhöhen herauszuschinden, sondern könnten sehr wohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter so gestalten, daß auch diese ein menschliches Dasein führen können. Wenn die Privatunternehmer die Verhältnisse in den städtischen Betrieben betrachten, müssen sie ihre besten Freunde daran haben, denn realtioniärer als Herr Gasdirektor Liebe sind die Privatkapitalisten auch nicht. Dieser Herr läßt und bewegt sich gegenüber den Arbeitern als „Herr im Hause“ und in der Meinung, daß nur „Er“ zu bestimmen habe, die Arbeiter dagegen gehorchen müssen, sonst fliegen sie.

Die 2. Streikerei steht auf der Gasanfrage in voller Blüte. Die Arbeiter können nie genug Arbeit haben. Daß dadurch die Zahl der Unfälle zunehmen muß, haben ja die Vorgänge in letzter Zeit deutlich gezeigt. So mußten die Installateure abends Heberhöhen machen und im Tunnel auf den Straßen arbeiten. Dergleichen waren an verschiedenen Sonntagen 3-4 Installateure selbsttätig, nur um die dringenderen Arbeiten zu erledigen, und das alles, wo selbst taufende von Arbeitern freilos und ohne Verdienst waren. Es wurde aber vom Direktor gesagt, es wären keine Leute zu bekommen. Deshalb könnten auch eine ganze Anzahl von Arbeitern nicht übernommen und ausgeführt werden. Für eine ganze Reihe von Gewerbebetrieben sollten der Stadt Arbeiter übertragen werden, die Herr Direktor Liebe mit dieser Begründung abwies, trotzdem sich Schlosser und Installateure in der Gasanstalt gemeldet hatten und abgewiesen waren. Diese Leute müßten annehmen, daß sie nicht einmüßig würden, weil sie in Brandenburg wechsellöhnt und hien. eph. sind. Von den Vertretern der Arbeiterschaft kam dies in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Der Magistrat und die bürgerlichen Herren wissen von solchen Dingen natürlich nichts. Hier wäre schon ein Weg für die Stadt gewesen, wenigstens in welchem Maße der Arbeitslosigkeit zu steuern. Der Herr Direktor schämt sich aber auch um die Beschlässe der Stadtverwaltung wenig zu kümmern, denn er äußerte sich letzten einmal Arbeiter gegenüber: „Wenn Sie auch and. wärts Beschwerde geführt haben, so wird es doch nicht anders.“

Ein Installateur hatte heimlich eine Arbeit von der Dauer einer Stunde auf Rechnung des Konsumenten geschrieben, es wurde ihm darauf mitgeteilt, daß er die Zeit nicht bezahlt bekomme und als er damit nicht einverstanden war, wurde ihm sofort gekündigt. Auch erkrankten sehr viel Arbeiter durch Einatmung von Gas. Ein Arbeiter, der um 4 Uhr nachmittags auf diese Weise krank wurde und auch am anderen Tage zu Hause bleiben mußte, erhielt für

diese Zeit keine Bezahlung. Es wäre doch nicht bloß human, sondern Pflicht, wenn der Lohnausfall für solche ohne Verschulden der Arbeiter entstandene kurze Versäumnisse bezahlt würde. Aber soweit sind wir ja in Brandenburg noch nicht.

Es hat sich durch solche Verhältnisse der Arbeiter eine Mißstimmung bemächtigt, die sich wieder an die Mitglieder des Arbeiterausschusses wandten, mit dem Ersuchen, für Abhilfe zu sorgen. Der Arbeiterausschuß, ja das ist ja auch ein Deforationsstück für die Stadtverwaltung, das nichts kostet und deren Vertreter nichts zu sagen haben. Ein Reglement über die Tätigkeit der Ausschüsse haben die Mitglieder desselben bis jetzt nicht erhalten. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß die seit dreiviertel Jahren beim Direktor nachgesuchte Aussprache resp. Sitzung noch nicht stattgefunden hat.

Amal mehr Leute zu beschäftigen, wird deren Zahl noch vermindert. Zum Aufnehmen der Stände waren bis vor kurzem fünf Mann bestellt, nach Ansicht des Direktors sind es zuviel, schnell wird einer zur anderen Arbeit kommandiert und den anderen vier die Arbeitszeit um eine Stunde gekürzt. Jetzt müssen vier Arbeiter das gleiche in 9 Stunden leisten, was früher 5 Mann in 10 Stunden geliefert haben. Diese arbeiten jetzt beinahe ohne jede Pause, nur um das Benzin im Monat zu schaffen und nicht in Unruhe zu fallen oder gar brechen zu werden. Also ein „schöner“ Zug sozialer Fürsorge der Stadtverwaltung, und dies alles, trotzdem die Zahl der Gasmesser und Automaten ständig zunimmt.

Für die neue Gasanstalt sollte der Nachtstundenlohn gleich nach der Anbetriebung eingeührt werden, was aber bis heute nicht geschehen ist, obwohl im Etat die Mittel dazu vorzusehen sind.

In anderen Städten ist schon vieles zur Verringerung der Arbeitslosigkeit getan, hier jagt der Überfüllungsmeister, die Arbeiter müssen sich mehr einschränken, als ob es dieser Wohnung noch bedürftig, da die Arbeiter schon zu Zeiten des Verdienstes die teuren Lebensmittel nicht in dem Maße kaufen können, wie es der Gesundheit dienlich wäre. Edmalthaus ist meistens Mätkermeister. Die Kinder der Arbeitslosen müssen vielfach ohne warmes Essen am Tage vorlieb nehmen.

Die Stadtverwaltung könnte also bedeutend mehr Sozialpolitik treiben, wenn nur der Wille da wäre. Da dies bisher nicht der Fall, müssen schon die Vertreter der Arbeiterschaft deren Interessen energisch wahrnehmen. Die bürgerlichen Herren belanden wohl bei Wahlen in der „sehr warmen Perle“ und auch Interesse für die Arbeiter, später ist hiervon aber nichts zu hören. Deshalb müssen die Arbeiter ihre Interessen allein wahrnehmen, indem sie sich den gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen anschließen. E. V.

ehanter Darstellungen darüber hinaus. Der Band IV ist bereits in 2. Auflage erschienen und hat den Titel: Der Mensch zur Eiszeit in Europa und seine Kulturentwicklung bis zum Ende der Steinzeit. Auf diesen letzten Teil kommen wir voranzuschauen noch später einmal zurück, denn in ihm steht eine ungeheure Fülle angedauerter Tatsachen.

Doch wir wollten im Rahmen einer Buchbesprechung Darwin's 100. Geburtstag feiern. Darum greifen wir aus den vielen interessanten Kapiteln des 2. Bandes Die Abstammungslehre heraus. Natürlich können wir von den 40 Seiten dieses Kapitels hier nur ein paar Gedanken wiedergeben, die aber den Charakter des gesamten Werkes hinlänglich kennzeichnen. . . .

Beim Vergleichen der Lebensweisen untereinander mußte es schon frühe anfallen, daß menschl. Gruppen von Pflanzen oder Tieren in enger Verwandtschaft zueinander standen, daß sie offenbar von einer gemeinsamen Grundform abstammten. Eine konsequente Durchführung dieser Auffassung führt uns zu dem bestimmten Resultat, daß alle Pflanzen und Tiere im Laufe der außerordentlich langen erdgeschichtlichen Entwicklung aus allerersten einfachen Urformen sich heraus entwickelt haben müssen. Das ist der wesentliche Inhalt der Abstammungslehre, des Darwinismus, so genannt nach seinem Begründer, dem größten Naturforscher des vergangenen Jahrhunderts, Charles Darwin. Als Entel des bedeutendsten Naturforschers und Arztes Erasmus Darwin (1731-1802) ist Charles Darwin am 12. Februar 1809 in Shrewsbury geboren. Zweizehnenjährigen begann er auf dem Schiffe „Beagle“ (d. h. Spürhund) eine fünfjährige Weltreise als Naturforscher (1831 bis 1836). Zeit 1842 vollendete er auf seinem Landhause Down jene gewaltigen Genesen, die ihn trotz aller Anfeindungen zum glanzvollsten Promotor der modernen Naturforschung gemacht haben.

Im November 1859 erschien „Die Entstehung der Arten durch natürliche Züchtung oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe ums Dasein“. Darin hat er das in der gesamten an-

organischen (d. h. leblos-) Welt langst köstlichverständliche Gesetz der natürlichen Selektion und Wirkung auf die Organismen (d. h. Lebewesen) ausgedehnt, die als Naturereignisse doch schließlich auch aus Naturgesetzen erklärt werden müssen und nicht so ohne Weiteres als Wunder geschaffene Größen hingenommen werden dürfen. Es gehört der Genus eines Darwin dazu, um durch eine geradezu überwältigende Fülle von Beweismaterial und daraus gezogenen lausigen Schlüssen zu jener grandiosen Theorie zu kommen, von der eine neue Weltanschauung und eine neue Epoche der Naturforschung datiert. Am 19. April 1882 ist dann der beschiden, einfache G-lehrte von Down 73jährig gestorben.

Der Weg, den die Entwicklung ging und noch immer geht, läßt sich in kurze folgendermaßen zusammenfassen: Alle Arten von Lebewesen variieren (d. h. sie weichen voneinander ab), und diese Variationsfähigkeit wird erhöht durch die Individuenmischung, welche durch die geschlechtliche Fortpflanzung, durch die Mischung von väterlicher und mütterlicher Erbvererbung zustande kommt. Die Bildung von Varietäten wird durch die äußeren Faktoren begünstigt, denen die Lebewesen bei ihrer Ausbreitung über die Erde ausgesetzt sind. Je nach den klimatischen Verhältnissen, der verschiedenen Fichtung und Temperatur, der besondern Ernährung usw. entwickelt sich eine über ein großes Landgebiet zerstreute Art in den verschiedenen Wohngebieten etwas verschieden. Bei fortwährender Vermischung derselben Einflüsse haben sich die besonderen Merkmale im Laufe langer Zeiträume heraus, daß neue Gattungen entstehen; aus diesen gehen mit der Zeit neue Familien und Ordnungen hervor. Jede eine einzige unter den vielen tausenden Tatsachen, welche die geschichtl. Beobachtung unserer Zeit zutage gefördert, spricht gegen die Annahme, daß die heute so überaus mannigfaltigen Formen der Lebewesen im Laufe der Jahrmillionen durch einen gleichzeitigen Erdentwurf voneinander abstammten, indem sie sich nach und nach aus einfacheren Formen herausbildeten.

Was der Mensch bei Pflanzen und Tier durch künstliche Züchtung erreicht, hat die Natur durch die natürliche Auswahl im Kampfe

### Jahresbericht der Filiale Bremen.

Am Schluß des Jahres ist so recht der Zeitpunkt, einen Moment rückwärts zu schauen, um im nächsten Jahre dort wo es not tut, die verbessernde Hand anzulegen. Erfreulicherweise hat sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation unter den bremischen Staatsarbeitern immer mehr durchgerungen. Als die bestorganisierten stehen obenan die Arbeiter der Erleuchtungs- und Wäwertwerke. In diesen Betrieben sind nur noch vereinzelt unorganisierte. Dann folgen die Arbeiter des Weierbahnhofs, Straßenreinigung und der Walddeputation. Bedeutend gehoben hat sich der Organisationsstand der Schlacht- und Viehhofsarbeiter und in letzter Zeit auch der der Laternenwärter und Anzünder. Große Schwierigkeiten macht uns immer noch die Organisierung der Arbeiter der Unterwerkskorrektoren (Hafenbau und Wasserbau) und Streckenarbeiter der Eisenbahn und Häfen. Obwohl gerade die Entlohnung dieser Arbeiter selbst in normalen Zeiten als unerschwinglich bezeichnet werden muß, sind sie noch schwerer für unsere Bewegung zu gewinnen. Die Interessenlosigkeit vieler Arbeiter dieser Betriebe hat keinen Grund in den eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Durch die schlechte Entlohnung von Seiten dieser Verwaltungen sind die Mehrzahl der Arbeiter gezwungen, in der ländlichen Umgebung Fremens zu wohnen. Um ihre Familie nun über die bedürftige Lage hinwegzuhelfen, betreiben sie dort etwas Landwirtschaft und Viehzucht und verwenden auf diesen Nebenerwerb jede freie Stunde, die sie nicht im Dienste des Staates fronen müssen. In kurzfristiger Verkennung ihres eigenen Wohles treiben sie Aulabbau mit ihrer Arbeitskraft. Hierdurch stampfen sie gegen alles andere gänzlich ab und bilden so, gewiß ungewollt, ein gewaltiges Hindernis in den Bestrebungen der organisierten bremischen Kollegen. Hier muß nun vor allen Dingen im neuen Jahre unsere Tätigkeit einengen. Hauptsächlich wird es uns bald gelingen, auch bei diesen Kollegen das Massenbewußtsein zu wecken; denn, wenn es noch eines Beweises von der Notwendigkeit der Organisation bedürfte, so wird sicherlich der ablehnende Widerspruch der Deputationen jedem noch indifferenten Kollegen die Augen geöffnet haben. Und je intensiver sich die Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen gestaltet, desto früher wird es uns gelingen.

Wemgleich wir schon in Nr. 4 d. „Gew.“ in gedrängter Kürze einen Heberblick über das 4. Quartal und das verlossene Jahr gegeben haben, kommen wir hiermit dem Wunsche der Mitglieder-versammlung nach, durch einige zusammenfassende Zahlen einen Heberblick über das Jahr 1905 zu geben.

Es waren:

1. 1. 08			1. 1. 09
Mitglieder	Eingetreten	Ausgetreten	Mitglieder
733	832	65	1000

mithin ein Mehr von 267 Mitgliedern.

Hieraus ist zu ersehen, daß die Filiale im vorigen Jahre einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hatte. Wenn auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt sind, so können wir doch mit dem Reuehalt zufrieden sein. Das erste Tausend ist erreicht, wir wollen hoffen,

uns dahin zuhause gebracht. Alle Individuen mit weniger zweckmäßigen Eigenschaften gehen unter und nur die ausgezeichnetesten Individuen bleiben übrig, in denen keine nützliche Variationen, die zufällig auftauchen, zu besonders nützlichen Erwerbungen ausgehollt werden im Laufe der Zeiten.

Ernst Haeckel in Jena hat als hervorragendster Schüler Darwins weitere wichtige Entdeckungen gemacht. So vor allem das biogenetische Grundgesetz, wonach jedes Lebewesen — sei es Pflanze, Tier oder Mensch — in seiner Einzelentwicklung (Ontogenie) eine kurze Wiederholung der Stammesgeschichte (Phylogenie) wiederholt. (So hat z. B. das menschliche Embryo im Mutterleibe Nierenanlage, Behaarung, ein Schwänzchen usw., die bei der Geburt nicht mehr in die Erscheinung treten.)

Die von Darwin zuerst wissenschaftlich begründete Abstammungslehre, die längst vor ihm von großen Weisern vermutet wurde, aber aus Mangel an darauf bezüglichen Beobachtungen nicht einwandfrei bewiesen werden konnte, ist also durchaus keine Hypothese mehr, sondern ein feststehendes Atom (Wissen), an dessen tatsächlichen Felsen kein Mensch, der sich darüber klar geworden ist, mehr zweifeln kann.

Lamarck (1744-1829) hatte schon vor Darwin über die Abstammung von Pflanzen und Tieren ähnliche Gedanken entwickelt und insbesondere die Veränderlichkeit durch äußere Lebensbedingungen, wie auch der Nahrung, bei der Ausbildung der Arten betont.

De Vries, ein holländischer Botaniker, hat insbesondere die sogenannte Mutationstheorie ergänzend geschaffen. Die Veränderbarkeit der neu erworbenen Eigenschaften ist, die aber auch Darwin schon beobachtete.

Nicht man ein Refsumee aller Einzelbeobachtungen auf darwinischer Basis, so läßt sich etwa sagen: Das Wesen der Menschheit ist die einzige Geschicklichkeit, die nach unserer Erfahrung im Wesen beherrschet. Nur die Abstammungslehre kann uns das Auftreten bestimmter (Ausdauer)er Legende erklären,

daß wir am Schluß des neuen Jahres mit weiteren Erfolgen aufwarten können.

Die Kassenverhältnisse gestalteten sich im verlossenen Jahre folgendermaßen: Die Einnahmen setzten sich zusammen aus 141,75 M. Eintrittsgeldern, 16863,05 M. Beiträgen und 329,37 M. sonstigen Einnahmen. Hierzu der Bestand vom Jahre 1907 in Höhe von 1113,32 M., ergibt eine Gesamteinnahme von 18450,49 M.

An Ausgaben sind zu verzeichnen: an die Hauptkassie in bar 8156,74 M., im Auftrage des Verbandsvorstandes geleistete Zahlungen für Arbeitslose 162,67 M., Krankunterstützung 1634,64 M., Sterbenunterstützung 540,— M., für Streit und Gemahrgelte 115,25 M. Aus lokalen Mitteln an durchreisende Kollegen 9,59 M., Krankunterstützung 632,20 M., in Sterbe- und Notfällen 590,— M., Subvention für das Gaubureau 500,— M., Beiträge für das Gewerkschaftsblatt 436,98 M., Agitation 174,00 M., Verwaltungsausgaben, Kassiererschädigung 2021,50 M., Sitzungsgelder und Vorstandsentlohnungen 463,80 M., Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien 420,10 M., Bibliothek 25,08 M. sonstige Ausgaben 201,60 M. Demnach Gesamtausgabe 16374,06 M., Gesamteinnahme 18450,49 M., bleibt Bestand 2076,43 M.

Gegen das Vorjahr also ein Mehr von 954,11 M. Auch mit dem finanziellen Ergebnis können wir zufrieden sein. Nichtsdestoweniger bedarf es hier noch eines Hinweises. Mit dem Fortschritt der Mitgliederzahl haben die vollzahlenden Mitglieder nicht Schritt gehalten. Im 3. Quartal hatten wir 808 zahlende Mitglieder zu verzeichnen, im 4. Quartal war sie jedoch nur auf 835 gestiegen. Es ist dies ein Beweis dafür, daß noch manche Kollegen sehr häufig im Zahlen der Beiträge sind. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Beiträge pünktlich zu entrichten, und darf nicht fortgesetzt wochen- oder monatelang dem Verbands die Beiträge schuldig bleiben. Ebenso verhält es sich mit den Sterbemarken. Die Mitglieder wissen recht gut, welche Beiträge sie auf Grund der Statuten zu zahlen haben, aber manche scheinen zu glauben, mit den Sterbemarken komme es nicht so genau darauf an, die könnten vergessen werden. Nein, so liegt die Sache nicht! Solche Beiträge werden nur erhoben, wenn die Mitgliederversammlung demgemäß beschließt, und solchen Beschlüssen muß sich jedes Mitglied fügen. Ohne Disziplin ist eine Organisation unmöglich.

Vielfach wenden die Mitglieder ein, der Beitragssammeler trage die Schuld an ihrer Zahlungslässigkeit. Das mag hin und wieder einmal zutreffen, im allgemeinen ist dem aber nicht so. Unsere Kassierer sind verpflichtet, in vollem Maße ihre Pflicht zu erfüllen. Es gehört aber nicht zu ihren Obliegenheiten, die Beiträge von den Mitgliedern zu erbetteln; umgekehrt wäre es richtiger, wenn die Mitglieder die Kassierer soviel wie möglich unterstützen. Wenn von einem Mitgliede die Beiträge nicht regelmäßig abgeholt werden, dann hat es sich sofort beschwerdeführend an das Gaubureau zu wenden; dann wird die Sache auch geregelt werden.

Verband und Vertrauensleute hatten auch im verlossenen Jahre vollauf zu tun. Es wurden allein seit Bestehen des Gaubureaus

die die meisten Verweisen in den verschiedensten Städten der Ausbildung mit sich schleppen müssen. Erst mit ihrer Einführung in die Biologie (Lebenslehre) wird die Durchführbarkeit des teleologischen (Zweckmäßigkeit) Prinzips ermöglicht auch für Erbsichtungen, die sonst der Einordnungen unter dieses Prinzip widerstreiten. Die Abstammungslehre setzt uns in den Stand, eine unserer sonstigen Erfahrungen entsprechende Geschicklichkeit auch durchzuführen, wo ohne sie eine klaffende Lücke bestände.

Vorsteher haben wir uns vorwiegend an die Ausführungen v. Reinhardts gehalten. Es wäre nun verlockend, einige Parallelen zu ziehen zwischen Darwinismus — der Geschichte des Einzelindividuum — und Sozialismus — der Gesamt-Menschheitsgeschichte. Doch müssen wir hier abbrechen. Vielleicht kommen wir ein andermal darauf zurück. Nur soviel sei gesagt, die Veruche mancher Naturforscher, in der Abstammungslehre des Aufstiegs des Sozialismus beweisen zu wollen, sind als völlig gescheitert zu betrachten. Aber auch die entgegengesetzten Theorien (wonach der Darwinismus den Sozialismus bedingt) erscheinen uns wenig wissenschaftlich fundiert.

Eine andere Parallele drängt sich uns als Schlussbetrachtung auf: Wie Darwin mit Pieneklich und Profundität des Wissens und Könnens ausgereitete die Entwicklungsgeschichte der Natur erforscht, so hat Karl Marx die Entwicklungsgeschichte der Menschheit, ihre ökonomischen Ursachen und Bedingungen erforscht.

Eine breite Fläche starken Denkens und höchster wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit bindet diese beiden großen Menschen.

Die Arbeiterklasse aber hat alle Veranlassung, die naturwissenschaftliche Auffassung in ihre Dienste zu stellen, und sie denkt heute voller Verwunderung und Anerkennung des größten Pioniers auf diesem Gebiete: Charles Darwin.

E. D.



### Aus den Stadtparlamenten.

**Berlin.** Die gemischte Deputation zur Änderung der Arbeitslosenversicherung hielt kürzlich ihre zweite Sitzung ab. Da die Beratungen über die kommunale Arbeitslosenversicherung nicht so bald zum Abschluss kommen dürften, hatten die Genossen Dupont und Bloch folgenden neuen Antrag der gemischten Deputation unterbreitet: Die Unterzeichneten beantragen, aus städtischen Mitteln ohne Beitrag 300.000 Mk. zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen: a) Den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter für diejenigen ihrer arbeitslosen Mitglieder, die mindestens ein halbes Jahr in Berlin wohnhaft sind und zurzeit keine laufende Unterstützung aus den Mitteln ihrer Gewerkschaft beziehen, also ausgerechnet sind. b) Dem Zentralverein für Arbeitsnachweis zur Unterstützung derjenigen Arbeitslosen, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören, mindestens 4 Wochen arbeitslos sind, ein Jahr in Berlin wohnen und sich täglich im Arbeitsnachweis des Zentralvereins melden. Die von den Gewerkschaften und dem Zentralverein für Arbeitsnachweis aus obiger Summe zu schließende Unterstützung darf die Höhe von 1 Mk. pro arbeitslosen Tag nicht übersteigen. Fernmächst soll die Debatte über diese Anträge beendet und darüber abgestimmt werden. Dann erst erfolgt die Fortsetzung der Diskussion über die kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem Center System. — Inzwischen hat der Berliner Magistrat wulstlich etwas getan. Wie es übrigens in der Tagespresse heißt: „Aber die Entlassung zahlreicher Arbeiter zu vermeiden und um weitere Arbeitslosigkeiten zu verhüten, hat der Magistrat beschlossen, der Veranlassung der hiesigen Gaswerke am Zweck von Hochspannungsarbeiten die Summe von 400.000 Mark vorzubehalten zur Befähigung zu solchen Todearbeiten, die man als Hochspannungsarbeiten bezeichnen kann, sollen unverzüglich nach erfolgter Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung in Angriff genommen werden. Die Arbeiten sind unter anderem auf die Straßen, die repariert werden sollen, und für die Hochspannungsarbeiten werden und auf die Hochspannungsarbeiten, die infolge der Erweiterung der Gasbeleuchtung in der Straßen von solchen Berorten notwendig sind, die die Veranlassung der Meilen übernommen haben, und auf die notwendigen Hochspannungsarbeiten zur Verbesserung der Gaslieferung an die Bezirke, mit denen neuerdings Gaslieferungsverträge abgeschlossen sind. Ferner sollen die Arbeiten zur weiteren Ausdehnung der neuen Straßendruckbeleuchtung in den Hauptstraßen Berlins selbst in Angriff genommen werden. — Man sieht also: Tüchtige, notwendige Hochspannungsarbeiten werden einfach als Hochspannungsarbeiten deklariert und der Magistrat wendet sich selbst so häufig eine herabwürdigende Mordele um. Dumm! Wer wollte da noch länger behaupten, daß Berlin rückständig sei? Daß dieser Verhältnis mit den bekannten Trepfen auf den heißen Stein bedeutet, kann heutzutage niemand ernstlich ableugnen.“

**Bohrgen Nimmelsburg.** Die Gemeindevertretung nahm von dem Magistrat den Antrag des Gemeindevorstandes für das Geschäftsjahr 1907/08 an, welcher einen Anwerbsbeitrag von 51.700 Mark enthält. Ein Antrag des Gemeindevorstandes in Ermüdungen, Peinlichkeiten bis 2000 Mark Jahresentlohnungen haben, im Bedarfsfälle nachstehenden Gemeinden zu leisten, wurde bis zum nächsten Gemeindevorstandes Sitzung zurückgestellt. Es soll beraten werden, ob es nicht zweckmäßig ist, die vorgeschlagene Beibehaltung auch auf die Gemeindearbeiter auszudehnen. — Eigentlich wäre das wohl selbstverständlich gewesen.

**Hamburg.** Wie die „Gandq Nachr.“ mitteilen, hat der Magistrat nachdrückliche Verfügung getroffen: Bewachen darüber, daß hiesige Beamte städtische Angestellte (Beamte und Arbeiter) mit in ihrem Interesse liegenden Arbeiten beschäftigt haben, sind die Veranlassung gewesen, daß der Magistrat dieser Tage folgende Bestimmungen getroffen: Städtische Angestellte dürfen von städtischen Beamten nur mit Genehmigung des Magistrats mit in ihrem Interesse liegenden Arbeiten beschäftigt werden. Ebenso ist die Genehmigung des Magistrats dazu, daß ein städtischer Beamter einen städtischen Angestellten in seiner Wohnung beschäftigt, auch dann erforderlich, wenn der Beamte der Ansicht ist, daß die Beschäftigung des Angestellten nicht in seinem, sondern im Interesse der Stadt liegt. Die Genehmigung des Magistrats ist auch dann erforderlich, wenn der städtische Beamte dem städtischen Angestellten nicht unentgeltlich, sondern gegen Entgelt beschäftigen will.“ Die Maßnahme zu diesem Entsch. soll eine Anleihe gegeben haben, die gegen Überbehalte der hiesigen Gas- und Wasserwerke beim Magistrat eingereicht war. Die letzte Verfügung wäre übrigens in mancher anderen Gemeinde gleichfalls angebracht.

**Schneeberg i. S.** Die städtischen Stellen bescheiden, das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihrem Wochenlohn zu den Schul- und Mühenanlässen voll beizubehalten. Die genannten Anlagen betrafen im vorigen Jahre 51 Krone. Der gesamten Steuerkräfte. Ob da die „Arbeitslosenversicherung“ nicht etwas gedämpft wird?

### Aus unserer Bewegung.

**Barmen.** Am 31. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Nach einem Vortrag des Kollegen Heine über den Jahresbericht des Ratesbericht vom IV. Quartal. Hiernach betragen die Einnahmen inkl. Kassenbestand 92.12 Mk., die Ausgaben der Kasse 138.10 Mk. In den Hauptvorstand wurden gewählt 511,81 Mk. Rubin bleibt in der Kasse ein Vermögen von 29,21 Mk. Im Laufe des Quartals sind 13 Kassenabnahmen zu verzeichnen, denen 11 Austritte gegenüberstehen. Am Schlusse des Jahres zählt unsere Kasse 173 Mitglieder. Der Jahresbericht wurde den Kassieren für richtig gehalten. Sodann wurde die Wahl des Kassierers wiedergewählt. Als zweiter Kassierer wurde Kollege Lohse, als Schriftführer Kollege J. Vösch gewählt. Zu Kassieren wurden die Kollegen Wegener, Meurer und Vermaute bestimmt. Ferner wurde ein Komitee von sieben Mann gewählt, welches die Vorarbeiten zum nächsten Jahresfest in die Hand nehmen soll. Die Versammlungen werden auf Veranlassung der Mitglieder verhältnismäßig auf den Sonntagabend verlegt. Bisher haben dieselben Sonntag vormittags stattgefunden, was von vielen Kollegen bemängelt wurde. Durch diesen Vorstoß wird nicht nur den Mitgliedern Gelegenheit zu einem fleißigeren Besammlungsbesuch geboten, sondern es können sich auch deren Frauen ab und zu daran beteiligen.

**Braunschweig.** Unsere Generalversammlung fand am 27. Januar dieses Jahres statt. Zunächst berichtete der Vorsitzende W. Röhbach über das verfloßene Geschäftsjahr. Redner wies insbesondere darauf hin, wie eine höhere Agitation entfaltet werden müsse. Darauf berichtete Kollege Behreng über den Zustand der Kasse: Kasse bei der Jahresabschluss 148,77 Mk. an die Hauptkasse abgeben 83,06 Mk. sonstige Einnahmen 31,51 Mk. Kassenbestand 34,85 Mk. Hiermit erfolgte die Entlassung der Geschäftsleitung, die bis jetzt nur dem Vorstand oblag. Sodann erfolgte die Wahl eines aktiven Vorstandes. 1. Vorsitzender Kollege W. Röhbach. 1. ständiger Kollege Partels. 1. Schriftführer Krennede. Kassieren Kollegen Graf und Schönebaum. Zum Kassierergewählten wurde Kollege Röhbach gewählt. Im Verlaufe der Versammlung wurde Kollege Behreng über den Antrag gestellt, einen Verbandsrat von 10 Ma. zu wählen pro Woche, welcher zu Gunsten der Mitglieder verwendet werden soll bei Krankheitsfällen oder Arbeitslosigkeit. Der Antrag wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen und tritt vom 1. März ab in Kraft. Weiter wurde der Antrag des Kollegen Behreng gleichfalls angenommen, daß bei jeder Quartalsversammlung das Material der Zeitblätter vorhanden sein soll. Dann wurde noch ein Beschl. gefaßt, das Verbandslokal nach Regers Platzplatz zu verlegen: Zehn Beiträge 7 und jeder erste Sonntag im Monat als Versammlungstag festgesetzt.

**Bremen.** Wir erhielten am 2. Februar folgende Zuschrift: Bremen, den 30. Januar 1909.

An die Redaktion der „Gewerkschaft“ etc.  
Zu der in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ vom 15. Januar 1909, Seite 69, getragenen Forderungstellung über Sommerurlaub unserer Arbeiter im 1908 erlassen wir auf Grund des § 11 des Protokolles um Aufnahme folgender Verichtigung der von Ihnen gegebenen Zahlen:

Es erhielten Sommerurlaub

nach 9 u. Dienstjahren nicht 116, sondern 250 (darunter 245 1/2 Tage),
„ 8 „ „ „ „ 26, „ 52 ( „ 49 5/8 „ ),
„ 7 „ „ „ „ 37, „ 63 ( „ 60 4/8 „ ),
„ 6 „ „ „ „ 38, „ 79 ( „ 74 3/8 „ ),
„ 5 „ „ „ „ 33, „ 62 ( „ 61 3/8 „ ),
„ 4 „ „ „ „ 28, „ 50 ( 3 Tage),
„ 3 „ „ „ „ 38, „ 82 (darunter 80 3/8 Tage),
„ 2 „ „ „ „ „ 1 1/3 Tage).

Zusammen: nicht 336, sondern 639 Arbeiter.  
Die Deputation für die Entlohnungen und Wasserwerke.  
(Name unleserlich.)

Dam erhalten wir von unserem Bremer Kollegen folgende Erwiderung: „Wie aus dem Artikel in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ unabweisend hervorgeht, handelte es sich für uns nicht so sehr darum, die volle Zahl der Arbeiter festzustellen, welche Sommerurlaub erhalten haben, sondern wir wollten beweisen, wie vollst. berechtigt die Anzeigen sind und das Amendement des Kollegen Heine femerrecht waren. Wie weit entfernt davon die bremische Staatsverwaltung ist, Muttergütliches auf diesem Gebiete anzuwenden zu können. Dies wird auch durch die Aufstellung der Verwaltung nicht widerlegt, denn sie muß durch ihre Differenz zwischen den Zahlen selber zeigen, daß nicht nach einer bestimmten Norm verfahren werden ist. Wir können hier nochmals feststellen und können dieses auch mit Material belegen, daß nach 9 und mehr Dienstjahren 28 Arbeiter nur 3 bzw. 3 bis 4 Tage, nach 8 Dienstjahren 11 Arbeiter nur 1 Tage, nach 7 Dienstjahren 9 Arbeiter nur 3 Tage und 29 Arbeiter nach 3 und mehr Dienstjahren keinen Sommerurlaub erhalten haben. Hieraus sind also 68 Arbeiter nicht zu ihrem Rechte gekommen und wurden sämtliche Ar-

beiter unsere Fragebogen beantwortet haben, so wäre wahrscheinlich noch ein ungünstigeres Bild herausgekommen!

Im übrigen hat die Sitzung des Arbeiterausschusses betreffend der Paternenwäcker und Kuglerer sowie die Wäcker für den Sommerurlaub gezeitigt, daß es sicher für die Deputation an der Zeit wäre, hier Wandel zu schaffen."

Wir möchten für unsern Teil nur festhalten, daß unsererseits wirkliche Verechtigungen auch ohne Hinweis auf den § 11 des Reichsgesetzes stets gebracht werden. Wie weit hier eine solche vorliegt, überlassen wir dem Urteil unserer Leser. D. Red.

**Düsseldorf.** Am 23. Januar fand unsere Mitgliederversammlung im Restaurant „Alt-Venedig“ statt. Zunächst gab Kollege Zöfel den Massenbericht. Danach betragen die Jahreseinnahmen 2436,20 Mk., dazu der Massenbestand vom 31. Dezember 1907 93,32 Mk., macht zusammen 2529,52 Mk. Die Ausgabe für das letzte Jahr betrug 2313,43 Mk., so daß ein Vorkassenbestand von 216,11 Mk. bleibt. Von der Kassenliste wurden insgesamt 310,04 Mk. Unterhaltungen an unsere Mitglieder gezahlt. Hierzu wurden von der Kasse noch 89,18 Mk. geleistet, mithin wurden an unsere Mitglieder insgesamt 399,22 Mk. für Unterhaltungen verausgabt. Das abgehaltene Preisgeld und das Weihnachtsgeld ergaben zusammen 13,95 Mk. Ueberdies. Der Massenbericht wurde von den Redatoren für richtig befunden. Sodann erhaltete Kollege Kömmer den Jahresbericht. Es haben stattgefunden 3 öffentliche und 10 Mitglieder-Konferenzen, Betriebsbesprechungen wurden abgehalten 67, Verwaltungssitzungen 14 und 5 allgemeine Arbeiterversammlungen. Außerdem mußte der Bilanzbericht noch an drei Versände Sitzungen teilnehmen. Der Mitgliederstand hob sich von 110 am 31. Dezember 1907 auf 181 am 31. Januar 1908. Neuaufnahmen waren 90, Austritte 47 zu verzeichnen. Bei der Wahl des Bilanzberichts wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Es wurden nur der Kollege H. Wirt als 2. Mannheimer, der Kollege W. Wapf als 2. Vorsitzender und Kollege F. H. Wirt als Redaktor neu hinzugekommen. Am Schluß der Versammlung gab Kollege H. Wirt noch einen Nachtrag auf das vergangene Jahr. Mit Recht beklagte er die Eingabe auf die Arbeitsbewegung im letzten Jahre. Unter anderem wurde auch die famose Handhabung des Reichsgesetzes gerügt. Weiter forderte die Kundenden auf, alles daran zu setzen, um unsere Organisation immer weiter auszubauen und zu stärken. Damit wir allen gegen uns gerichteten Angriffen, aber auch dem vom nächsten Winter in Aussicht gestellten Auswahlgeld entgegenzutreten können.

**Elberfeld.** Am 17. Januar fand im Vokal Saal hier ebenfalls eine Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung soll in der nächsten Mitgliederversammlung gegeben werden. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: 1. Vorsitz. Kollege Grabs; 2. Vorsitz. Kollege H. Wirt; 3. Vorsitz. Kollege Grabs; 4. Vorsitz. Kollege Wapf; 5. Vorsitz. Kollege Wapf; 6. Vorsitz. Kollege Wapf; 7. Vorsitz. Kollege Wapf; 8. Vorsitz. Kollege Wapf; 9. Vorsitz. Kollege Wapf; 10. Vorsitz. Kollege Wapf. Die Bilanz der Mitgliederzahl von 120 auf 90 Mitglieder zurückgegangen. Schuld daran ist die heftige Stenografie und das neue Verfahren in hiesiger Gasarbeit, wodurch eine bedeutende Zahl Arbeiter weniger beschäftigt werden. Kollege H. Wirt ermahnt um Unterstützung der Arbeiterpresse. Mit einem Hoch auf den Gemeindearbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Grün.** Am 21. Januar d. J. hielt unsere Bilanz ihre Mitgliederversammlung ab. Der zweite Vorsitzende Kollege Duenzel gibt den Jahresbericht bekannt. Dann erhaltete Kollege Duenzel die Abrechnung vom IV. Quartal 1907; ferner den Massenbericht vom 1. Januar bis 31. Dezember 1907. Die Einnahmen betragen 1507,55 Mk., die Ausgaben 308,54 Mk., um den Kassenbestand wurden insgesamt 1211,11 Mk. abgezahlt. An Unterhaltungen wurde gezahlt für 164,00 Mk., für Arbeitslohn 37,32 Mk., Gesamteinnahme 133,17 Mk. In Einzelheiten 40 Mk. Dem Mannheimer wurde Besondere erteilt. Bei den Neuwahlen wurden gewählt: 1. Vorsitzender H. Wirt, 2. Vorsitzender Duenzel, 1. Schriftführer Stellner, 2. Schriftführer Franke, Mannheimer Kusch, Kömmer Großner, Intern. Als Redatoren wurden die Kollegen Franke, Hennig und Tolle gewählt. Als Mandatdelegierte die Kollegen Tolle und Franke. Von der Wahl eines Delegierten zur Arbeiterbewegungsgemeinschaft wurde Abstand genommen. Unter „Beschiedenes“ gibt der 2. Vorsitzende bekannt, daß die Mitgliederversammlungen alle Monate und von jedem ersten Samstag im Monat stattfinden. Im vergangenen Jahr 1907 haben 16 Versammlungen stattgefunden. Eine Sitzungsänderung entschlief sich zwischen verschiedenen Kollegen, was aber abgelehnt wurde. Zum Schluß gibt Kollege Duenzel noch bekannt, daß am Sonntag, den 29. Januar in Frankfurt eine Reichsversammlung stattfindet über den Ausbau der Sozialen Wohnen und Arbeiterversicherung.

**Göttingen.** Am 22. Januar fand eine Versammlung der hiesigen Arbeiter statt. Wenn auch in der ersten Versammlung hiesigen der anwesenden Beamten die Lage der hiesigen Arbeiter recht vordringlich geäußert wurde, so ist doch in der letzten Versammlung zu manchen zur Sprache gebracht worden, was eher als andere als eine solche Lage der hiesigen Arbeiter vermuten läßt. Namentlich wurde lebhaft

klage über den Mehrmeister geführt, der die Arbeiter mit Namen aus dem Fierrenbe tituliert. Derartige Ausdrücke gegen Arbeiter zeugen gewiß nicht von einem allzuhohen Bildungsgrade dieses Herrn. Ueberhaupt wurden Zustände geschildert, namentlich vom Gaswerk, die lebhaft an das Sprichwort erinnern: „Wer gut schmirt, der gut fährt.“ Fast ungläublich klingt es, was da für Dinge in der Versammlung zur Sprache gebracht wurden, die Betreffenden erklären aber, diese Tatsachen jederzeit vor Gericht eidlich zu bezeugen. So ist es vorgekommen, daß die Wirtse der Arbeiter auf den Tisch irgend eines Beamten gekommen sind, ohne bei den betreffenden Herrn Wagenrunden zu verurteilen. Nach diesen Mitteilungen wundert sich jetzt so mancher Arbeiter nicht mehr darüber, daß er, trotz aller Mühseligkeiten und angestrengter Arbeit es bisher noch nicht verstanden hat, sich die Günstigsten Vorgelegten zu erringen, während so mancher Arbeiter bei weit weniger Anstrengung es viel besser versteht, sich ins rechte Licht zu setzen. Die derartige Praktiken der Meister im Interesse des Betriebes liegen, mag die Diction selbst einwenden. Wir sind allerdings der Ansicht, daß ein Meister, der Geschenke von Arbeitern annimmt, nicht im Interesse des Betriebes handelt, dadurch gibt sich der Beamte in die Hände des betreffenden Arbeiters. Es ist doch selbstverständlich, daß ein solcher Arbeiter von den Beamten immer als thätiger Arbeiter dem Direktor geachtet wird, wenn auch das Gegenteil der Fall ist. So sagte ein Versammlungsteilnehmer: „So lange der Meister Wirt von mir bekommen hat, war ich gut, nachdem ich aber die Wirtse bekommen emitteln mußte, da es mir nicht mehr möglich war, tanzte ich nichts mehr und das Leben wurde mir schwer gemacht.“ Namentlich sind die Wirtse am meisten die Frauen der betreffenden Arbeiter, ob diese es nun mit oder ohne Wissen der Männer tun, entzieht sich unserer Kenntnis. Nur das eine steht fest, angenommen werden diese „Heimen Götter“. Selbstverständlich muß sich ein solcher Beamter in Göttingen recht wohl fühlen, er wünscht keine bessere Bekanntschaft, von der Stadt bezicht er kein Gehalt und von den Arbeitern die „Murlage“, damit er kein trodenes Brot zu essen braucht. Aus diesen Zuständen begreifen wir es auch vollkommen, daß die Beamten freundlich bemutet waren, den Verband von Göttingen fernzuhalten, sie wohnen sehr gut, daß dann derartige Sachen an die Öffentlichkeit kommen und die hiesigen „dunklen“ Zustände hören dann auf. Die Arbeiter können sich aber jetzt erklären, warum man immer einige bevorzugt. Die Arbeiter lernen einsehen, welche Macht waltet, als man vor einigen Monaten mit den Kassen an und für uns besser besoldeten Arbeitern Wohnzulagen gewährte und der größte Teil der schlecht besoldeten Arbeiter leer ausgingen. Will die Verwaltung jetzt, ob von einer gleichmäßigen gerechten Behandlung der Arbeiter, wissen? Es ist dringend notwendig, daß die Diction diese Sachen eingehend untersucht und für Abhilfe sorgt, namentlich muß jeder Beamte mit seinen Gehaltsfragen zu gestellt sein, daß er es nicht mehr nötig hat, Unterhaltungen von Arbeitern anzunehmen. Die Anwesenden ermahnten denn auch, daß für die Arbeiter das beste Mittel die Organisation ist, um derartige Zustände zu bekämpfen, und zu warnen alle die Kollegen, die bisher noch unorganisiert waren, damit, daß selbst der Organisation angeschlossen. Den uns noch beschreibenden Kollegen ermahnen wir aber um „Organisiert Euch“, denn durch Zusammenarbeiten werden keine besseren Bekanntschaften geschaffen!

**Magdeburg.** Neue Entlassungen resp. Mündigungen am Stadt Gasen! Am 29. Januar fand eine außerordentliche Betriebsversammlung aller am hiesigen Gasen beschäftigten Personen statt, um in der Erklärung des Herrn Überbürgermeisters Dr. Penne, daß Entlassungen resp. Mündigungen nicht vor dem 1. April erfolgen sollen, Stellung zu nehmen. Anwesend war die Erklärung des Herrn Überbürgermeisters durch weitere Mündigungen vor der oben angegebenen Zeit. Es muß daher der Anb. in Erwägung werden, ob keine der Überbürgermeister sagen was er wolle die Gasenverwaltung die doch was er behält. Nach wurde es Beherrschenden erregt, daß die gewöhnlich in Deutschland nichts abgelaufenen Arbeiter von dem ersten Beamten der Stadt, daß alle was abgeht notwendig nach den Mündigungen erst am 1. April erfolgen resp. nach Möglichkeit ganz verzerrt werden sollen. Die Diction des Mannheimerbeamten glaubt dies. Einordnung dadurch „arbeiten“ zu müssen, daß ein Teil zum 15. März wie auch schon am 1. April, home kann im Voraus geschickt und. Da in dieser Zeit aller Voraus nicht nach doch wieder der Anb. in Erwägung zu kommen um andere Mündigkeiten dalet, muss man sich vorstellen, dass wenn man nicht seine, wenn die Stadt am 1. April entlassen werden. Beherrschend stellt sich die Gasenverwaltung dazu. Aber mit derartigen Meinungen, wie sie der Herr Überbürgermeister der Fernorten gegenüber geäußert, daß die Arbeiter davon nicht erfahren zu soll man uns nicht kommen. Auch die Arbeiter können sich und hören wie da soll man sich nicht entschuldigen über die Mündigungen und Mündigkeiten der Arbeiter hinausgehen. Es werden an, wenn, nach dem Gasen der der Gasenbeamten hat. Man jeder Maschine ist jetzt ein stopfen und zwei Mann, was bei der nicht möglich ist. Es muß den Anb. in Erwägung werden, ob wenn in der Gasenverwaltung der Gasen die Arbeiter die Mündigkeiten sollen. Eine derartige Mündigkeiten der Maschine muss notwendigweise zu Mündigkeiten führen. Anwesend in der Mündigkeiten, daß die Arbeiter Mündigkeiten sind. Einmündigkeit es erregt, als der Arbeiter Mündigkeiten behauptete, daß der Herr Direktor ihnen gegenüber erklärt



Eure Solidarität! Ihr unsere Mitglieder und Mitstreiter werdet Verständnis haben für unsere Bedrängnis; durch Euren einmütigen Protest ist die Industrie, in die Industrie Vorlage gefallen; Ihr werdet uns auch jetzt zur Seite stehen, weil unsere Interessen auch Eure Interessen sind. Ihr wißt, daß die deutsche Reichsregierung die Tabakindustrie abwärts zu den bisher von ihr getragenen circa 50 Millionen Mark Zöllen und Steuern mit weiteren 75 Millionen Mark neuen Steuern belasten will. Die Steuerzahler sollen die Steuern bezahlen! In der Hauptsache wird das zunächst zutreffend sein, weil man den in der Industrie tätigen über 200.000 Personen von ihrem Gesamtlohn von circa 110 Millionen Mark nicht plötzlich 80 Millionen Mark abziehen kann, da dann selbst für die anstehende und vor gewöhnlichen Tabakarbeiter zur Festsetzung ihrer Existenz zu wenig übrig bleiben würde. Aber, Ihr Arbeiter, wißt, daß Ihr nicht beliebig Eure Ausgaben für Tabak erhöhen könnt. Werden nach den Plänen der Reichsregierung die Steuerzahler der großen Masse um 1 bis 2 Pfennige pro Stück vermindert, so kommt Ihr nicht der Reichsregierung und den Tabakarbeitern zu Liebe 25 bis 50 Pfennig pro Woche für Euren Bedarf an Zigaretten mehr zahlen. Ihr müßt Euch nach der Debe stehen und werdet Euren Namen entsprechend und der Mehrbelastung vermindern müssen. Der Tabak ist kein Nahrungsmittel, aber gerade, weil er das ist, hat noch überall, in jedem Lande eine Zoll- oder Steuererhöhung einen entsprechenden Rückgang des Konsums zur Folge gehabt. Durch die Zollerhöhung von 1879 wurden circa 20.000 Tabakarbeiter heillos nach den mit 1875 vergleichbaren Jahren der Gewerbeschluß betrag 1882 die Zahl der aus der Industrie verdrängten Personen noch circa 11.000. Die in Beschäftigung verbleibenden Tabakarbeiter konnten nur halbe Tage arbeiten. Dieser Zustand dauerte jahrelang. Ungeheures Elend kam über die Tabakarbeiter. In dieser entsetzlichen Periode der Not waren die Tabakarbeiter gegenüber den Fabrikanten völlig wehrlos; überall wurden die Löhne reduziert, in vielen Orten um höhere Beträge, als die Mehrbelastung durch den höheren Zoll ausmachte. Endlich, nach zwei Jahrzehnten unglücklicher Mühe und Arbeit ist es gelungen, die Hoffnungslosigkeit, die dumpfe Verzweiflung etwas zu bannen; die Löhne sind in vielen harten Kämpfen im letzten Jahrzehnt wieder etwas erhöht worden. Das, was nach 1879 den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurde, haben sie jetzt nach 30 Jahren, ungefähr wieder erreicht. Wobei, wenn irgend eine Arbeiterchaft von Reich wegen in ihrer Lebenshaltung gedrückt worden ist, so sind es die Tabakarbeiter. Durch die ständig wachsenden indirekten Steuern wurden ihnen alle Lebensmittel und Bedarfsartikel ebenso verteuert, wie allen anderen Arbeitern. Durch die Wirkungen der Zollerhöhung von 1879 waren sie aber in ihrem Streben, sich der allgemeinen Teuerung entsprechende höhere Löhne zu erkämpfen, für 2 Jahrzehnte völlig lahmgelegt. Ihr haben im letzten Jahrzehnt immer größere Scharen von Tabakarbeitern in ihren gewerkschaftlichen Verbänden und damit gleichzeitig der organisierten, kämpfenden Armee des Proletariats beigefügt. Unsere ganze Organisationsarbeit wird abwärts gedrückt und belastet wird, dann Euch das gleichgültig sein? Tüßt Ihr ruhig stehen, wie die Arbeiterchaft einer so großen Industrie völliger Verarmung, dem Auswurf überantwortet wird? Schon heute zählt die Mehrzahl der Arbeitslosen nach Hunderttausenden, die hinzukommenden 10- oder 50.000 arbeitslosen Tabakarbeiter werden das Angebot von Arbeitskräften aber nicht für eine kurze Zeit, sondern für viele Jahre vermehren. Das bedeutet Lohnrückgang auch für die Arbeiterchaft im allgemeinen, nicht nur für die Tabakarbeiter! Die Situation ist für uns keine hoffnungsreiche, wir betrachten sie aber noch nicht als eine verzweifelte. Unsere Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechtes, und so gelobten sich die 145 Delegierten am 2. März des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärktem Maße fortzusetzen. Dazu bedürfen wir Eurer Mithilfe! Namentlich an Euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Attentat auf unsere gewerkschaftlichen Organisationen abzuwehren. Wes Glaubens Ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung Ihr immer angehören mögt, wir alle kämpfen für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter. Mein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Nichts degradiert werden. Deshalb unterstützt unsere Protestbewegung mit aller Euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere Vertreter sich an Euch um moralische Beihilfe wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen: Unsere Interessen sind Eure Interessen! Die Zentralkommission der Tabakarbeiter

unfähige Bürger beschäftigen zu können. Nach der Erklärung der Duktion der Gaswerke ist es jeden Tag möglich eine Selbstbindung einzuführen, welche die Paternenwörter überflüssig macht. Wir haben aber immer im Vorausstände darauf behanden, daß wir dies nicht wollen, weil wir diese älteren Bürger nicht um fraglichen Verdienst bringen wollen. Nachdem auch sämtliche Paternenwörter in der Hauptsache nach anderweitige Beschäftigung haben, wird es schwer halten, dieser Anlegung des Herrn Gen. Bev. Hoffmann Rechnung zu tragen. Abgesehen davon, daß es mit der „Selbstbindung“ nicht so weit her ist und daß die Paternenwörter sich nicht dazu versteigen, in den Status aufgenommen zu werden, sondern nur unter die Bestimmungen der Arbeitsordnung gestellt werden wollen, was kurz vorher der Herr Gen. Hoffmann ganz richtig betont hatte, dürfte es doch ein Unikum sein, nach Beibehaltung eines das Gnadenbrot der Stadt genießenden, teilweise erwerbsfähigen Bürger Arbeit eines Paternenwärters nur als einen Nebenberuf betrachtet und neben diesem auch noch einem Hauptberuf nachgeht. — Einige Un-gerneinheiten zu vermeiden, sollte mindestens damit beauftragt werden, daß der Vererber auf ein Jahr zur Ausübung dieses großartigen in der Nachtzeit liegenden „Nebenberufes“ verurteilt würde.

Eine Organisation der Berufsfeuerwehrente soll in Dortmund gegründet werden sein. Vorländer der angeblich über 1.000 Mitglieder zählenden Organisation ist der Oberfeuerwehrenteamm Vaeien in Dortmund. Wie auch der „Berufsfeuerwehrenteamm“ handelt es sich bei dieser Gründung um eine Verchristlichung der Kräfte. Die Feuerwehrente sollen sich zur Wahrung ihrer Interessen dem Gemeindefeuerwehrenteamm verbände anschließen, wie das bereits in Frankfurt a. M. und einigen anderen Städten geschehen ist. Ihre Forderungen sind ganz analog denen anderer Gemeindefeuerwehrenteamm in dem Staat und der Stadt eingeleitet werden. So ergibt sich schon daraus eine weiteres die größere Zweckmäßigkeit unseres Verbandes für diese Kategorie.

Arbeitslosigkeit und Kommunalpolitik. Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen beschloß als weitere Maßnahme die Beschäftigung von Arbeitslosen 18.000 Mk. jährlich wurde aber beschlossen, den die Arbeitslosen — angeblich aus Mangel an weiteren Kapazitäten — nur drei Tage in der Woche beschäftigt werden sollen. In der Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld wurde in Verfolg einer Kollig in der „Arbeiter-Zeitung“ durch den Oberbürgermeister beantragt, daß in der nächsten Budgetzeit ein Arbeiter in 11 Tagen nicht weniger als 111 Stunden arbeiten kann. Der Oberbürgermeister erklärte, daß er immer abzuwenden habe, ein Stadtverordneter davon aus, daß das Arbeiterministerium in den nächsten Jahren doch unüberwindlich ist, so hier angeordnet ist. Einem anderen Arbeiter sind 4. 8. für Hochschulen in einem Berichtjahr 1905 Mk. ausbezahlt worden. Dieses ist zu bemerken, daß in der Hauptberuf der Industrie die Stelle seit langer Zeit in unzulänglicher Weise winter.

Wahlrecht der Zaubler. Der Staatrat von Kärnten a. verheißt seinen Zaubler, sich zur Vertretung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Es vor einem Jahren bestand ein Verein der Zaubler; als er jedoch am 1. Juli mit 1000 Mitgliedern in die Augen zu beschäftigen, wurde der Staatrat der Vertretung beauftragt. Es ist in der Stadtverwaltung ein sogenanntes Sozialdemokratisches Wahlrecht einzuführen, den Zaubler in mehrmaliges Wahlrecht einzuführen und entsprechende Beschlüsse aufzugeben. Der Staatrat wurde im großen Mehrheit angenommen, mit die Nationalversammlung zu unter dagegen.

Briefkasten.

Herrn, Adm. Soweit der beschränkte Raum es zuließ, ist Deinem Wunsch Rechnung getragen. V. Gr. Verschiedene Artikel mussten zurückgestellt werden.

Totenliste des Verbandes.

<b>Diedrich Behrens, Bremen</b> Zolladachhof 27. 1. 1909, 43 Jahre alt.	<b>Ernst Halm, Chemnitz</b> Zigarettenreinigung 28. 1. 1909, 69 Jahre alt.
<b>Josef Guldenerieder, Mülhausen i. E.</b> Zigarettenbau 3. 2. 1909, 28 Jahre alt.	
Ehre ihrem Andenken!	

Den Gipfel der Autonomie, so schreibt man uns aus München, hat gelegentlich der Staatsberatung der Herr Gen. Bev. Kommerzienrat Zehbauer-Mündeln erliegen, indem er (s. Gem. Z. 118) in einer die Paternenwörter betreffenden Frage sich folgendermaßen vernehmen ließ: „Die Anlegung des Herrn Hoffmann, die Paternenwörter in den Status einzuweisen, wird wohl eine vergebliche sein. Diese Leute sind und bleiben immer im Nebenberuf beschäftigt und das Institut der Paternenwörter wird nur zu dem Zwecke aufrecht erhalten, um ältere, teilweise erwerbs-